

TAGUNGSBERICHT

"EIN GETEILTES JUBILÄUM - 40 JAHRE PROTESTANTISMUS IN BEIDEN
DEUTSCHEN STAATEN"

Vom 5. bis 7. Mai 1989 fand in der Evangelischen Akademie Arnoldshain eine Tagung anlässlich des 40jährigen Jubiläums der Gründung der beiden deutschen Staaten statt. Diese Tagung war erstmals gemeinsam mit einer evangelischen Akademie in der DDR vorbereitet worden, nämlich der von Sachsen-Anhalt.

Die Arnoldshainer Tagung wurde vom 15. bis 17. September 1989 in der DDR fortgesetzt. Auf dieser Tagung bei der Partnerakademie in Magdeburg wurde über "Die evangelischen Kirchen im geteilten Nachkriegsdeutschland - zwischen Anpassung und kritischer Solidarität" diskutiert. Die Veranstaltung stand bereits unter dem Eindruck der tausendfachen Übersiedelung von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik Deutschland und des revolutionären Umschwungs in der DDR. Vieles, was auf der Tagung in Arnoldshain noch als unabänderliche Gegebenheit angesehen und analysiert wurde, scheint unter der neuen politischen Entwicklung hinfällig und Geschichte geworden zu sein. Nicht nur für die evangelischen Kirchen in den beiden deutschen Staaten bahnen sich durch die zurückliegenden Ereignisse ganz neue Verhältnisse an.

In ihren einleitenden Worten wies Studienleiterin Dr. Leonore Siegele-Wenschkewitz in Arnoldshain darauf hin, daß man sich für den methodischen Ansatz entschieden habe, die Fragestellung der Tagung ohne ständigen Vergleich der beiden Gesellschaftssysteme zu diskutieren und den Weg des Protestantismus an der Entwicklung der verfaßten Kirche zu exemplifizieren.

Zunächst sprach Prof. Dr. Joachim Mehlhausen (Tübingen) zum Thema "40 Jahre BRD - 40 Jahre DDR. 40 Jahre Protestantismus in beiden deutschen Staaten". Mehlhausen konstatierte dabei, daß die kirchlichen Vertreter sowohl in Ost wie in West den 1949 verabschiedeten Verfassungen ihrer Länder kühl bis distanziert gegenüberstanden.

An den Verfassungsberatungen des Parlamentarischen Rates im Bereich der Westzonen beteiligten sich die Beauftragten der evangelischen Kirche, Präses Karl Koch und Superintendent Heinrich

Held, nur unzureichend; dominierend war der Verhandlungsführer der katholischen Kirche, Wilhelm Böhler.

Beim Zustandekommen der Verfassung der DDR waren offizielle Vertreter der Kirchen überhaupt nicht beteiligt. Für die Kirchen auf dem Territorium der DDR - so Mehlhausen - habe es schon in dieser ersten Verfassung keine einklagbaren Rechtsansprüche mehr gegeben.

Die evangelische Bevölkerung lebte nun unter zwei Verfassungen, die nur mit geringer Einflußnahme der evangelischen Kirche entstanden waren, es artikulierten sich in ihnen aber ganz unterschiedliche Generaltendenzen zur Rolle der Kirche im öffentlichen Leben.

Sie stand nun wie in einer "Versuchsanordnung" in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Systemen. Während im Westen die Kirche zu mehr innerstaatlicher Kooperation und gesellschaftlicher Mitverantwortung aufgefordert war, hatte sie sich im Osten mit einer materialistischen Weltanschauung auseinanderzusetzen. Zunächst suchte die evangelische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland in der Rechristianisierung des deutschen Volkes ihrer Verantwortung gerecht zu werden, während man sich in der DDR zum Rückzug in die religiöse Innerlichkeit genötigt sah.

1969 wurde mit der Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR die organisatorische Einheit aufgelöst, die in Treysa mit der "Vorläufigen Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland" versucht worden war.

Die Trennungskonzepte von Kirche und Staat, die in unterschiedlichem Maße in beiden deutschen Staaten erprobt wurden, konnten weder hier noch dort konsequent durchgeführt werden. Strukturell gab es für den Protestantismus in beiden deutschen Staaten das Problem, in welcher Weise sich die Kirche politischen Sachentscheidungen theologisch nähern dürfe.

Über den "Neubeginn der Evangelischen Kirche in Deutschland nach dem Kirchenkampf" referierte Vizepräsident i.R. Erwin Wilkens. Nach seiner Auffassung war es dabei "vordringlich, die kirchliche Gesamtorganisation als Zusammenschluß der Landeskirchen theologisch und kirchenrechtlich zu definieren und eine Reihe von unaufschiebbaren Aufgaben umgehend in Gang zu set-

zen." Diesem Zweck dienten die Kirchenkonferenzen von Treysa und Eisenach; sie sollten die aus der Zeit des Kirchenkampfes in sich zerstrittene Bekennende Kirche versöhnen und eine Grundordnung für die zu bauende EKD erarbeiten. Viele Konflikte entzündeten sich bei den Beratungen an den unterschiedlichen Vorstellungen über den Begriff "Bekenntnis", die sich während des Kirchenkampfes in der bruderrätlichen und bischöflichen Bekennenden Kirche entwickelt hatten.

Die Grundordnung, auf die man sich auf der Kirchenversammlung von Eisenach im Juni 1948 schließlich einigte, bedeutete mit der Installierung eines Kirchenbundes einen Kompromiß.

Ein neuerlicher Entwurf für eine Grundordnung nach der Bildung des Kirchenbundes in der DDR 1969, der die engere Gemeinschaft einer Bundeskirche vorsah, wurde auf der Tagung der Synode der EKD in Berlin-Spandau 1974 ohne Gegenstimmen beschlossen; in Kraft getreten ist sie aber nicht, da die Zustimmung der Synoden aller Gliedkirchen fehlte.

Auch im Streit um den politischen Dienst der Kirche erhielten sich die unterschiedlichen Ansätze aus der Zeit des Kirchenkampfes, so etwa bei der Diskussion um die Wiederbewaffnung.

Nach Auffassung von Wilkens brachten die 50er Jahre für den "direkten politischen Dienst der Kirche...einige Erfahrungen, aber mehr Enttäuschungen und Niederlagen". Er warnte deshalb vor politischen Forderungen, die scheinbar abgesichert durch den Wahrheitsanspruch des Glaubens, gestellt werden.

Das Koreferat zum Thema "Restauration oder Neuanfang? Der Weg der Kirchen aus der Perspektive von Kirchenleitungen hielt Pfarrer Johannes Hamel von der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen.

Als Zeichen eines gelungenen Neuanfangs - trotz aller restaurativen Tendenzen - führte Hamel einige Punkte an: etwa die Wahl des Superintendenten und Vorsitzenden des provinziälsächsischen Bruderrates, Ludolf Müller zum Bischof als primus inter pares (anders also als etwa in Berlin-Brandenburg und Thüringen).

Auch im Bereich der Schulen, Akademien und Studentengemeinden kam es zu dieser "bekenennenden Neuentdeckung des Evangeliums". In einigen Fällen entstanden auch quasi bruderschaftlich geleitete Gemeinden.

Für Hamel sind immer dann restaurative Tendenzen zu konstatieren, wenn die Kirche sich vom Staat manipulieren läßt und ihm zu Diensten ist.

Es gab aber nach seiner Auffassung immer wieder Worte, die sich mutig dem Evangelium verpflichtet zeigten. Als Beispiele nannte Hamel die Beschlüsse der Evangelischen Kirche der Union von 1957, 1959 und 1960. In letzterem beschloß die Synode einen Brief an den damaligen Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, in dem sie ihn aufforderte, die Gründe für die Flucht von Menschen aus der DDR zu erkennen und diese Ursachen abzustellen. Resümierend kam Hamel zu dem Ergebnis, daß beides in der Nachkriegszeit virulent geworden sei: der Neuanfang und die Restauration, denn wie zu Zeiten der Reformation habe es auch 1945 und danach Menschen gegeben, die es auf sich nahmen, das Neue zu versuchen.

Der Erfurter Privatdozent Dr. Edelbert Richter und der Professor für Religionspädagogik Dr. Dieter Stoodt (Frankfurt) referierten zum Komplex "Kirche und Sozialismus. Die Entwicklung des christlich-marxistischen Dialogs in beiden deutschen Staaten". Richter ging von der These aus, daß es sich im großen und ganzen um einen verhinderten, verzerrten oder verborgenen Dialog handle. Seit dem Ende der 60er Jahre gebe es zwar eine breite Marxismus-Rezeption innerhalb der kirchlichen Kreise in der DDR, aber es fehle das wechselseitige Gespräch; die "Dialogbewegung der 60er Jahre" sei am offiziellen Marxismus in der DDR spurlos vorüber gegangen.

Bei diesem verzerrten Dialog zwischen Christen und Marxisten habe, kritisierte Richter, keine gegenseitige Infragestellung stattgefunden; die Christen plapperten oft lediglich marxistisch-leninistische Argumente nach.

Am ehesten fänden noch kritischer Gedankenaustausch und gemeinsame praktische Arbeit im verborgenen Dialog der kleinen Basisgruppen statt, ohne daß dort grundsätzlich die innere Wahrhaftigkeit der "Theorie" des anders Denkenden hinterfragt werde.

Nach Auffassung von Richter verhindert die uneindeutige Haltung des Marxismus, seine Unsicherheit in bezug auf die Bedeutsamkeit von Religion für die Gesellschaft einen wirklichen Dialog. Denn schon Marx habe zwischen der Einschätzung der Religion als

einer zu vernachlässigenden Größe und der Religionskritik als Voraussetzung für die Befreiung des Menschen geschwankt.

Richter kam zu dem Schluß, daß, solange der offizielle Marxismus in der DDR die konservativen Züge des traditionellen Protestantismus zu seiner eigenen Sache mache, der Protestantismus herausgefordert sei, die kritische Kraft des ursprünglichen Marxismus zu vertreten.

Prof. Dr. Dieter Stoodt unterschied in seinem Beitrag über die Entwicklung des christlich-marxistischen Dialogs in der Bundesrepublik Deutschland "Theoretische Diskurse", "Theologische Protagonisten", "Einflußreiche philosophische Beiträge" und "Kirchenpolitische Kontroversen".

Er bezog in seine Überlegungen schon die sich verändernden Verhältnisse in den sozialistischen Ländern mit ein.

Im erstem Punkt ging er u.a auf die Forschungen der Marxismus-Kommission der Heidelberger Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien in den Jahren von 1952 bis 1972 ein.

Bei den theologischen Protagonisten wandte sich Stoodt zunächst Karl Barth und seinem Verhältnis zum Kommunismus zu. Die Pointe der Barthschen Position liegt für ihn darin, "daß sie Gott und seine revolutionäre Praxis nicht mit einer bestimmten politischen oder mit einer christlich inspirierten politischen bzw. kulturellen Praxis identifiziert". Barth habe eine gesellschaftlich und politisch offene Theologie vertreten und den Marxismus als eine Hilfe zur Gesellschaftsanalyse angesehen, die die Kirche nur zu ihrem Schaden ausschlagen könne. Einen theoretischen Diskurs mit dem Marxismus habe Barth aber nicht geführt; er blieb ihm gegenüber eklektisch und pragmatisch.

Aktiv für eine Verbindung von Sozialismus und Christentum habe sich dann Helmut Gollwitzer eingesetzt, der dabei zwischen dem Kommunismus als Weltanschauung und der marxischen Theorie als Analyseinstrument unterschied. 1980 erklärte er, er sei als Christ Sozialist, weil er glaube, daß die Menschheitskatastrophe nur durch die Abkehr von den kapitalistischen Methoden, Verhaltensweisen und Strukturen abwendbar sei.

Exponent eines marxistisch-christlichen Dialogs ist auch der tschechische Theologe Josef Hromadka. Er begründete 1958 die Christliche Friedenskonferenz als Modell einer ideologisch

nicht gebundenen Kooperation zwischen Christen und Marxisten zur Beantwortung gesellschaftlicher Fragen.

Theoretische Diskurse mit dem Marxismus führten vor den 60er Jahren neben der Marxismus-Kommission der EKD vor allem die Vertreter der "Kritischen Theorie" Max Horkheimer und Theodor Adorno.

Mit der Frankfurter Schule und ihrer "Kritischen Theorie" setzte sich wiederum Jürgen Habermas kritisch auseinander; er führte die Theorie des "Kommunikativen Handelns" ein, das die Bestimmung von System, d.h. Ökonomie und Politik einerseits und Lebenswelt als dem Raum andererseits, in dem die Menschen Widerstand gegen die systemischen Eingriffe leisten können, aufbrechen kann. Habermas selbst hat sein Verhältnis zur Religion so beschrieben, daß er die Religion, solange sie revitalisierbare Potentiale enthalte, die von der Philosophie noch nicht adäquat als eigene philosophische Theoreme begründet werden können, nicht zu den Akten zu legen gedenke.

Einer der Höhepunkte des Gespräches zwischen Christentum und Sozialismus in den 60er Jahren ist mit dem Namen von Ernst Bloch verbunden.

Bloch versuchte Elemente des untergehenden Bürgertums für den Aufbau der neuen Welt zu retten, darunter insbesondere die Religion, die Impulse des Christentums. Er ging davon aus, daß alles Irrationale nicht einfach Dummheit, sondern Bestandteil der Hoffnungsfähigkeit des Menschen ist. Bloch bringt von allen Philosophen, die sich mit dem Verhältnis von Christentum und Sozialismus auseinandersetzen, am stärksten den subjektiven Faktor zur Geltung, indem er an den Menschen appelliert, sich nicht von der eigenen Schwäche, von den Verhältnissen und den Versprechungen geistlicher, politischer, wirtschaftlicher und gelehrter Autoritäten verführen zu lassen.

Fruchtbar für die weitere Marxismus-Debatte waren auch Walter Dirks, der marxistisches Gedankengut in der katholischen Theologie aktualisieren wollte, und Carl Amery, der sowohl das Christentum als auch den Marxismus für abgewirtschaftet erklärte.

Im seinem letzten Punkt verwies Stoodt noch auf die von den Studentenunruhen der 60er Jahre ausgelösten Auseinandersetzungen über die Frage nach der Vereinbarkeit von Pfarramt und Mit-

gliedschaft in der DKP, sowie auf die vom Staat veranstalteten Luther- und Müntzer-Feiern in der DDR.

Neben dem institutionalisierten Dialog und dem Gespräch unter Theologen, gebe es schließlich noch in einzelnen Friedensgruppen Gespräche zwischen Christen, Kommunisten und anderen. Insgesamt, so resümierte Stoodt, spiele sich der Dialog zwischen Christen und Marxisten eher am Rande ab.

Für die Zukunft scheint ihm wichtig, daß gerade im Hinblick auf kritische Anfragen an den Marxismus im Ostblock das "Neue Denken" unter Einschluß einer kollektiven Trauerarbeit für die Opfer des Nationalsozialismus, aber auch die der Stalin- und Breschnew-Ära mehr Fuß faßt.

Anschließend referierten der Magdeburger Konsistorialpräsident Martin Kramer und Oberkirchenrat i.R. Olaf Lingner über "Das 'besondere Verhältnis' zwischen EKD und Kirchenbund" (die Referate lagen nicht vor).

Den Abschluß der Tagung bildete ein Podiumsgespräch zum Thema "Die Kirchen in einer säkularen Gesellschaft und ihr Verhältnis zum Staat. An ihm nahmen teil: Konsistorialpräsident Kramer, Kirchenpräsident Helmut Spengler (Darmstadt), Dr. Martin Stöhr (Siegen), Pfarrer Hans-Joachim Tschiche und Studienleiterin Heidemarie Wüst (beide Magdeburg), Professorin Dorothee Zahn (Bad Homburg) und Andreas Zumach (Genf).

Gertraud Grünzinger